

**Patientin in Krankenhaus-Notaufnahme:**  
Immer mehr jüngere Menschen infizieren sich mit Corona.



mauritius images / Elizaveta Galitckaia / Alamy [M]

**Strategien gegen die Pandemie**

# In der zweiten Runde

Die Zahl der Infektionen steigt wieder – und mit ihr die Angst vor einer neuen Coronawelle. Ein weiterer Stillstand der Wirtschaft wäre für Tausende von ohnehin geschwächten Unternehmen das sichere Aus. Wie lässt sich die ökonomische Katastrophe abwenden?

**E**xcellence made in Brandenburg“ prangt in weißer Schrift am blauen Giebel der Werkhalle, doch gemacht wird hier im Moment wenig. Im Inneren der MTU Maintenance Berlin-Brandenburg GmbH in Ludwigsfelde steht nur vereinzelt mal ein Flugzeugtriebwerk, das gewartet werden will. Der Einbruch des Flugverkehrs trifft den Dax-notierten Turbinenbauer MTU hart. Bei der Konzerntochter in Ludwigsfelde, wo 860 Menschen arbeiten, wird die Auslastung in diesem Jahr voraussichtlich um 40 Prozent unter dem Vorkrisenniveau liegen. Im kommenden Jahr sollen es noch immer rund 25 Prozent Minus sein.

Eine zweite Coronawelle? Sie könnte hier das Aus bringen. Einen zweiten flächendeckenden Stillstand des Wirtschaftslebens, einen zweiten Stopp des Flugverkehrs darf es nicht geben. „So ein erneuter Lockdown würde die Wirtschaft ganz erheblich treffen“, sagt MTU-Vorstandschef Reiner Winkler, als er am Mittwoch DGB-Chef Reiner Hoffmann und Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) zu einem Besuch im MTU-Werk Ludwigsfelde empfängt. Was ein zweiter Lockdown für sein eigenes Unternehmen bedeuten würde, möchte sich der Manager lieber nicht ausmalen.

Die Zahl der in Deutschland täglich registrierten Corona-Neuinfektionen ist zuletzt auf ein Dreimonatshoch geklettert. Nicht nur in der Politik, vor allem auch in der Wirtschaft geht die Angst um, dass die Pandemie zurückkehren könnte. „Niemand kann eine zweite Covid-19-Welle ausschließen“, sagt VW-Finanzvorstand Frank Witter. Eine solche zweite Welle würde ab einer bestimmten Höhe neue Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erforderlich machen.

Geschäfte müssten wieder schließen, flächendeckend oder örtlich begrenzt. Der gerade erst wieder angelaufene Reiseverkehr per Bus und Bahn käme erneut zum Erliegen. Industriebetriebe müssten womöglich ihre Produktion herunterfahren. Alle Hoffnungen auf eine schnelle Konjunkturerholung würden damit zunichtegemacht. Eine Flut von Firmeninsolvenzen, von Experten für den Herbst ohnehin vorausgesagt, wäre end-

gültig unvermeidbar. Der Staat müsste erneut mit Milliardenkrediten retten, was noch zu retten ist.

Nur ein Horrorszenario? Oder hat die zweite Welle womöglich schon begonnen? Und wenn ja: Wie groß ist die Chance, dass sie sich auch ohne einen zweiten Lockdown noch stoppen lässt? Wie können sich Unternehmen darauf vorbereiten, auch bei erneut steigenden Fallzahlen weiter arbeitsfähig zu bleiben?

Die Antworten auf diese Fragen fallen einerseits leichter als bei der ersten Coronawelle, weil wir inzwischen mehr über das Virus wissen als im März (siehe Seite 47). Doch noch immer gibt uns Corona viele Rätsel auf. So ist zum Beispiel bis heute nicht klar, welche Rolle Kinder bei der Verbreitung der Pandemie spielen und welche Risiken dementsprechend der Neustart des Schulunterrichts mit sich bringt. „Ob Epidemiologe oder Ökonom: Wissenschaftler können generell keine Sicherheiten bieten“, sagt Thomas Straubhaar (siehe Interview auf Seite 50). „Alles, was wir machen können, ist, Hypothesen aufzustellen, die wir dann testen und gegebenenfalls als falsch verwerfen.“

### 1. Die Gesundheitsexperten: Ab wann ist es eine Welle?

Wie unberechenbar das Infektionsgeschehen selbst dort verlaufen kann, wo Bürger und Behörden fast alles richtig machen, zeigt das Beispiel Kalifornien. Etwa zeitgleich mit der deutschen Bundesregierung verhängte der demokratische Gouverneur dort einen Lockdown, der sogar um einiges strenger ausfiel als der in Deutschland. Zeitweise durften Millionen kalifornischer Bürger ihre Wohnungen nur noch um Lebensmittel einzukaufen und zum Sport treiben verlassen. Donald Trumps Laissez-faire-Botschaften in Sachen Corona hat man sich in Kalifornien nie zu eigen gemacht. Der Bundesstaat hob die strengen Beschränkungen erst im Mai schrittweise auf, als das Virus unter Kontrolle schien.

Doch dann kletterten in dem Bundesstaat die Fallzahlen erneut, erst langsam, dann immer schneller. Mitte Juli folgte der zweite staatsweite Lockdown. Bars und Restaurants mussten wieder schließen, Angestellte wurden erneut nach Hause geschickt. Die Ursachen für diese zweite Welle sind bis heute nicht ganz klar.

So weit soll es in Deutschland gar nicht erst kommen. Deshalb berief Jens Spahn eigens eine Pressekonferenz ein, als das für die Seuchenbekämpfung zuständige Robert Koch-Institut (RKI) vor einer Woche mehr als 1000 bestätigte Neuinfektionen binnen 24 Stunden meldete – die höchste Zahl seit Anfang Mai. Der Bundesgesundheitsminister mahnte: „Die Pandemie ist noch nicht vorbei.“ Spahn konstatierte eine „Ermüdung“ in der Bevölkerung, die es mit den Abstands- und Hygieneregeln nicht mehr ganz so genau nehme.

Das Überschreiten der symbolischen Tausender-Grenze machte Schlagzeilen, obwohl sich dadurch an der epidemiologischen Situation nichts Grundlegendes geändert hat. Am Mittwoch dieser Woche waren es dann sogar 1445 Neuinfektionen. Im Sieben-Tages-Schnitt der Johns-Hopkins-Universität liegt Deutschland knapp unter der Tausender-Marke (siehe Grafiken auf Seite 49).

Signalisieren diese Zahlen Gefahr? Immerhin sind die Krankenhäuser längst besser vorbereitet als im Frühjahr. Außerdem scheint es nun viele jüngere Leute zu treffen, die meist nicht sonderlich unter Sars-CoV-2 zu leiden haben.

Fest steht nur: Die Zahl der neu entdeckten Corona-Fälle steigt an. Doch markiert das tatsächlich den Beginn einer „zweiten Welle“, vor der die Vorsichtigen in der Corona-Politik seit den ersten Lockerungen Ende April warnen?

Schon der Begriff „zweite Welle“ ist umstritten. Der Terminus geht zurück auf die Spanische Grippe, die nach einer ersten Ausbreitung im Frühjahr 1918 mit einem tödlichen Schub im darauffolgenden Herbst und Winter wiederkehrte.

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach verweist auf „mehrere Kriterien“, die von Fachleuten herangezogen werden. Für eine Welle müsse sich das Virus aus der Bevölkerung eines Landes heraus wieder stärker verbreiten, also nicht nur von außen hereingetragen werden. Schließlich müsse es eine nennenswerte Zahl an neuen Fällen geben. Für Lauterbach markiert in Deutschland die Tausendermarke diese Schwelle. Statt regionaler Hotspots verteilten sich die Neuinfektionen wieder stärker auf die breite Bevölkerung auf. Lauterbachs Fazit: „Wir befinden uns am Beginn der zweiten Welle.“

Für Spahn steht derweil anderes im Vordergrund: „Wie ist die Infektionslage, wie gut können

# 1445

**Neuinfektionen**  
mit dem Coronavirus  
verzeichneten die Gesundheits-  
ämter am Mittwoch –  
der höchste Wert seit Mai.

Quelle: Robert Koch-Institut

**Abstandsmarkierung:** Überdross lässt die Infektionszahlen steigen.



**Arbeiter bei Porsche in Leipzig:** Allmähliche Rückkehr an die Arbeitsplätze.





**Demonstration gegen Corona-Beschränkungen in Berlin:** Teilnehmerzahlen gehen eher zurück.

**Gesundheitsminister Jens Spahn (vorn) mit dem Chef des Robert Koch-Instituts, Lothar Wieler:** Keine Überlastung der Krankenhäuser in Sicht.

wir damit umgehen, was bedeutet sie für Gesundheitssystem und Gesellschaft?“ Mit täglich 1000 Neuinfektionen könnten die Gesundheitsämter fertig werden. „Das, was Besorgnis erregt, ist die Steigerung, die wird in den letzten Tagen und Wochen gesehen haben. Wenn die sich fortsetzt, dann wird es schwierig.“

An den nötigen Informationen für ein fundiertes Urteil mangelt es dem Minister nicht. Morgens um 10 Uhr legt der von Gesundheits- und Innenministerium gebildete Corona-Krisenstab seinen täglichen Lagebericht vor. Die Berichte sind als Verschlussache eingestuft, „nur für den Dienstgebrauch“, doch viele der dort beschriebenen Entwicklungen sind auch in öffentlich zugänglichen Quellen abrufbar.

Auf rund 25 Seiten wird der Stand der Pandemie aufgeschlüsselt: In den Tabellen stehen die Zahl aller Fälle in Deutschland seit Beginn (rund 220.000) ebenso wie die aktiven Infektionen (rund 10.000). Aus besonders belasteten Regionen gibt es kurze Situationsanalysen – was derzeit vor allem den bayerischen Kreis Dingolfing betrifft, wo sich Ende Juli auf einem Gemüsehof unter Erntehelfern ein Infektionsherd entwickelte. Auch die Pandemielage in den europäischen Nachbarstaaten und im Rest der Welt wird bewertet.

Die Seuchenexperten sagen, dass der Anteil der aus dem Ausland eingeschleppten Infektionen deutlich gestiegen sei. Spahn hatte vergangene Woche eine Testpflicht für Reiserückkehrer aus Risikogebieten erlassen. Genau beobachtet wird im Ministerium auch, wie sich in diesen Wochen die Rückkehr zum Regelbetrieb an den Schulen auf das Infektionsgeschehen auswirkt. Sorgen hat das RKI ferner, weil sich die Anstiege nicht mehr nur auf lokal begrenzte Herde in Schlachthöfen oder Pflegeheimen zurückführen lassen. Die Zahl der Kreise, die in den vergangenen sieben Tagen keine Neuinfektionen übermittelten, ist von 125 Mitte Juli auf unter 50 zurückgegangen.

Ein weiterer Abschnitt des Lageberichts betrifft mögliche Auswirkungen auf die innere Sicherheit. Unter diesem Punkt stand Anfang dieser Woche: „Im Wesentlichen hält sich die Bevölkerung an die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie.“ Dennoch komme es zu Verstößen gegen die Schutzmaskenpflicht und die Abstandsregelungen. Extremistische Gruppen würden die Krise „zur Verbreitung und Verstärkung ihrer jeweiligen ideologischen Narrative“ nutzen. Die „Teilnahmebereitschaft am Demonstrationsgeschehen“ habe aber nachgelassen.

Spahn macht deutlich, dass ein Teil der gestiegenen Zahl von Neuinfektionen darauf zurückzuführen ist, dass Deutschland inzwischen deutlich mehr testet und somit mehr Fälle aus der

Dunkelziffer ans Licht kommen. Von Anfang Mai bis Anfang August erhöhte sich die Zahl der wöchentlichen Tests laut RKI von gut 400.000 auf rund 670.000, von denen rund ein Prozent positiv ausfallen.

Die häufigeren Tests erklären aber nur einen Teil der steigenden Fallzahlen. Die Zahl der täglichen Infektionen hat sich gegenüber dem Tiefstand im Juni immerhin mehr als verfünffacht. Die sogenannte Reproduktionszahl, die angibt, wie viele Menschen ein Corona-Kranker wiederum infiziert, liegt seit Tagen knapp über oder unter eins, was bedeutet: Das Virus verbreitet sich nicht, aber es gibt auch keinen Fortschritt bei seiner Bekämpfung.

Von einer Überlastung des Gesundheitssystems kann in Deutschland derzeit keine Rede sein. Nach Angaben der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (Divi) werden republikweit 224 Covid-19-Patienten intensivmedizinisch behandelt, 132 von ihnen werden beatmet. Knapp 9000 Intensivbetten in deutschen Krankenhäusern seien frei.

Der Anteil von Infizierten, die stationär behandelt werden müssen, ist laut RKI sogar seit Wochen rückläufig. Der Mittelwert des Alters der beständigsten Infizierten liegt derzeit bei 34, verglichen mit etwa 50 im April.

Klingt alles nach Entspannung - doch zugleich beunruhigen immer wieder Pannen und Ungereimtheiten in der staatlichen Corona-Bekämpfung die Bevölkerung. So verlief der Schulstart in vielen Bundesländern hektisch und unkoordiniert. Teilweise noch am ersten Schultag wurden E-Mails mit neuen Masken- und Meldepflichten an die Eltern verschickt.

Noch unglaublicher wirkt die jüngste Panne aus dem selbst ernannten Corona-Musterland Bayern von CSU-Ministerpräsident Markus Söder: 44.000 Reiserückkehrer warten seit Tagen auf ihre Ergebnisse aus bayrischen Teststationen. Darunter sind auch 900 positive Corona-Tests. Niemand weiß, Stand Mittwochabend, wo in Deutschland sich diese potenziell hochansteckenden Menschen aufhalten. Sofern sie nicht aus ausgewiesenen Risikogebieten eingereist sind, unterliegen sie auch keiner Quarantänepflicht. Offizielle Diagnose des bayrischen Behördenversagens: „Übermittlungsprobleme“. Hardliner Söder sagte aufgrund des Debakels seinen geplanten Nordseeurlaub ab. Das allein dürfte als Antwort nicht reichen.

Markige Ankündigungen sind manchem Landeschef offenbar wichtiger als die anschließende Kontrolle. Anfang Mai hatten sich die Ministerpräsidenten und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) geeinigt: Statt flächendeckender Alltagsbeschränkungen sollte es fortan regionale Lockdowns ge-

ben, wenn in Landkreisen Grenzwerte überschritten werden. Die damals definierte Schwelle liegt bei 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern innerhalb einer Woche – allerdings ist das ein politisch dehnbare Wert.

So verhängte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) nach dem Ausbruch beim Fleischbetrieb Tönnies im Juni einen Lockdown über die Kreise Gütersloh und Warendorf. Den Menschen im bayerischen Dingolfing blieb das Schicksal erspart, obwohl der Grenzwert bei den Neuinfektionen in dem Kreis fast um das Vierfache überschritten wurde.

Trotz solcher Ungereimtheiten: Spahn hält ein erneutes Herunterfahren der Republik wie im März für unwahrscheinlich, auch bei weiter steigenden Infektionszahlen: „Wir haben viel gelernt über das Virus, auch, wo es sich schnell ausbreitet.“ Der Minister denkt dabei an Familienfeiern und ausgelassene Partys, an Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen und den Schutz von Menschen in Gemeinschaftseinrichtungen wie Altenheimen.

„Das ist der Hauptfokus, auf den wir achten müssen“, so der Minister. „Mit dem, was wir wissen – auch zum Nutzen von Masken im Alltag – glaube ich nicht, dass man noch mal so umfangreich Geschäfte schließen würde.“

Stattdessen will die Bundesregierung die Infektionsketten mithilfe vieler Tests und konsequenter Überprüfung der Kontakte von Infizierten brechen. Bei der Kontaktverfolgung spielen die fast 400 Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte die zentrale Rolle. Laut einer Umfrage des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städtetages wurden die Ämter in der Pandemie bisher um fast 6000 Mitarbeiter verstärkt. Das RKI schulte zudem rund 500 „Containment Scouts“, viele von ihnen Studenten der Medizin und anderer Gesundheitswissenschaften.

Doch die Meldewege in der Pandemie sind oft noch zu lang und kompliziert. Die digitale Weitergabe der Testergebnisse und damit von Neuinfektionen an das RKI wird wohl erst später in diesem Jahr möglich sein. Seit Mitte Juni haben die Labore laut RKI immerhin die Möglichkeit, Erregernachweise von Sars-CoV-2 elektronisch an die Gesundheitsämter zu melden. Doch bislang sind nur etwa die Hälfte der Ämter angebunden.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert mehr Tempo bei der Digitalisierung. „Die digitale Vernetzung der Gesundheitsämter muss stetig verbessert werden“, sagt Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. „Noch immer müssen Gesundheitsämter handschriftliche Listen zur Kontaktverfolgung abtelefonieren und per Telefax übermitteln.“ Landsberg sieht große Herausforderungen auf die 11.000 Städte und Gemein-

”

Die Krise ist noch längst nicht vorbei. Die Angst vor dem Winter ist groß.

Guido Zölllick  
Präsident des Gaststättenverbands Dehoga

den in Deutschland zukommen, wenn sich das Virus in den kälteren Jahreszeiten besser verbreiten kann. „Vieles was jetzt noch im Freien stattfindet, wird dann in geschlossene Räume verlagert werden.“

Es gehört zu den Erkenntnissen aus der ersten Coronawelle, dass sich das Virus am schnellsten in geschlossenen, schlecht gelüfteten Räumen verbreitet. Wenn es Deutschland im heißesten Sommer seit Jahren nicht gelingt, die Seuche zu stoppen, wie soll das erst ab dem Herbst möglich sein? Zumal es derzeit nicht danach aussieht, als könne noch 2020 flächendeckend ein Impfstoff zur Verfügung stehen. Deutschland muss sich für einen weiteren Winter mit dem Virus rüsten. Genau das ist auch das Szenario, auf das sich derzeit viele deutsche Unternehmen vorbereiten.

## 2. Die Manager: Lässt sich der Lockdown verhindern?

Bei Volkswagen zum Beispiel hat das Management erheblichen Respekt vor dem Virus. „Das Risiko ist groß, dass nach dem Werksurlaub die Zahl der Infizierten wieder steigt“, sagte Kai Sickmann, Manager im VW-Gesundheitswesen, bereits Mitte Juli. Am kommenden Montag laufen die Bänder in Wolfsburg und an den anderen deutschen Volkswagen-Standorten wieder an. Die Sorge: Rückkehrende Urlauber aus Risikogebieten könnten das Virus unmittelbar in das Unternehmen und besonders in die Fahrzeugproduktion einschleppen.

An den Zugängen zu den deutschen VW-Fabriken stehen deshalb seit dieser Woche Container mit Corona-Testlaboren. Wer Symptome aufweist, kann sich an den Containern melden und untersuchen lassen. „Die Nutzung dieser Teststationen ist selbstverständlich freiwillig“, heißt es dazu beim Wolfsburger Autohersteller.

Urlaubsrückkehrer in den Verwaltungsbereichen sollen erst gar nicht in den Betrieb gelangen. Sie dürfen die ersten zwei Wochen nach dem Urlaub im Homeoffice arbeiten, sofern sie nicht zwingend im Werk gebraucht werden.

Volkswagen kalkuliert nach dem Produktionsstopp vom Frühjahr für das Gesamtjahr zwar mit einem Gewinneinbruch, aber immerhin noch mit schwarzen Zahlen. Eine zweite Welle würde diese Erwartung zunichtemachen. „Dann rutschen wir aufs Jahr gesehen in die Verlustzone“, meint ein Konzernmanager.

Solch eine Entwicklung wäre nicht nur für Volkswagen verheerend, sondern allgemein für Deutschlands wichtigste Branche. „Wir haben es mit der schwersten Krise seit 1945 zu tun“, sagt Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der

Automobilindustrie (VDA). Nach dem Produktions- und Verkaufsstopp im Frühjahr setzt die Branche jetzt auf eine langsame Erholung. Von Monat zu Monat sind die Verkaufszahlen wieder gestiegen, eine zweite Coronawelle würde diese Aufwärtsentwicklung sofort wieder stoppen.

Ein großer Autohersteller wie Volkswagen könnte das durchstehen. VW profitiert beispielsweise von seinem starken China-Geschäft, das sich nach dem Pandemie-bedingten Einbruch recht schnell wieder erholt hat.

Doch bei vielen Zulieferern fehlen solche Stabilisatoren. Unter den Lieferanten dominieren kleine und mittelständische Unternehmen, die häufig nur einen oder wenige Kunden haben. Es droht ein heißer Herbst: „Die Insolvenzwellen kommt erst noch“, orakelt ein Vertreter der Zuliefererbranche. Und mit einer zweiten Welle würde alles viel schlimmer.

Ein Szenario, das bei Thyssen-Krupp kaum noch denkbar ist. Am Donnerstag legte der Stahlkonzern die Zahlen für die Monate April bis Juni vor – und die fielen desaströs aus (siehe Seite 20). Einen zweiten Lockdown, so die einhellige Meinung, dürfte das Industriekonglomerat, das in den meisten seiner Geschäfte maßgeblich von der Automobilindustrie abhängig ist, nur schwer verkraften. Auch deshalb warnt eine große Plakatwand auf dem Werksgelände von Thyssen-Krupp Steel in Essen: „Corona ist noch nicht vorbei“ – und mahnt die Mitarbeiter, weiterhin die Hygiene- und Abstandsregeln zu beachten.

So wie dort bereiten sich viele Industriebetriebe derzeit auf die Rückkehr ihrer Beschäftigten aus Kurzarbeit oder Homeoffice vor. Dabei kommt vielen Unternehmen aus der Werkstoffproduktion, aber auch dem Maschinenbau entgegen, dass sich die Hygiene- und Abstandsregeln an den Fabrikarbeitsplätzen vergleichsweise gut einhalten lassen.

Roland Harings, Vorstandschef beim Hamburger Kupferproduzenten Aurubis sagt, sein Unternehmen achte bei den Infektionsschutzmaßnahmen daher besonders auf die Sozialräume der Mitarbeiter sowie die Kantine: „Daneben setzen wir auf strikte Dokumentation der Kontakte zwischen unseren Mitarbeitern.“

Kein Unternehmen will riskieren, im Falle einer Infektion gleich den gesamten Betrieb schließen zu müssen – wie das im März und April, als die Pandemie Europa erreichte, teilweise der Fall war. So musste etwa der Bielefelder Maschinenbauer DMG Mori Ende Februar für einige Tage sein Werk in Pfronten schließen. Künftig will DMG Mori die Teams im Unternehmen in Absprache mit den jeweiligen Vorgesetzten selbst entscheiden lassen, wer wie viel seiner Arbeitszeit

im Homeoffice verbringt. „Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht“, sagte DMG-Mori-Chef Christian Thönes.

Im Gastgewerbe ist Homeoffice nur für wenige Beschäftigte eine Option, und anders als in den Fabriken lässt sich in Gastronomiebetrieben auch nicht immer Abstand einhalten. Da wiegt es umso schwerer, dass Dirk Iserlohe in Bezug auf die zweite Welle eine klare Haltung hat: „Wir sind schon mittendrin“, sagt der Aufsichtsratschef der Hotelgesellschaft Dorint, „und sie wird, wenn es im Herbst kälter wird, sicherlich noch schlimmer.“

Seine eigene Hotelkette, die in Deutschland, Österreich und der Schweiz insgesamt 63 Häuser betreibt, sieht er zwar nicht unmittelbar bedroht, da ihm Investoren rund 80 Millionen Euro Eigenkapital zur Verfügung gestellt haben. Für die Branche aber bahne sich eine Katastrophe an.

Schon die erste Coronawelle brachte Deutschlands Hoteliers und Wirte in arge Bedrängnis. „Umsatzverluste wie auch Kurzarbeit gehen zurück“, berichtet Dehoga-Präsident Guido Zöllick, „dennoch bangen weiterhin fast 60 Prozent der Betriebe um ihre Existenz.“ Nach der wochenlangen Zwangspause vom Frühjahr klafften riesige Löcher in den Bilanzen, fand eine Mitgliederumfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands heraus. Ein zweiter Lockdown in Deutschland würde für den Großteil der Gastronomiebetriebe das Aus bedeuten. „Die Krise ist noch längst nicht vorbei“, warnt Verbandschef Zöllick. „Die Angst vor dem Winter ist groß.“

Aus diesem Grund drängte Dorint-Aufsichtsratschef Iserlohe vergangenes Wochenende Bundesjustizministerin Christine Lambrecht in einem Schreiben, das deutsche Insolvenzrecht drastisch zu korrigieren. Seine Forderung: „Aufheben statt Aussetzen“ solle die SPD-Politikerin den insolvenzrechtlichen Tatbestand der Überschuldung. Nur so bekämen Unternehmen eine Chance, ihre in der Krise aufgenommenen Kredite überhaupt zurückzuzahlen.

Rückwirkend zum 1. März 2020 hatte die Bundesregierung die Insolvenzvorschriften gelockert. So musste bis dahin bei einer Überschuldung, die innerhalb von zwei Jahren keine Chance auf Beseitigung hat, binnen drei Wochen ein Insolvenzantrag gestellt werden. Diese Vorschrift ist aufgrund der Corona-Pandemie bis Ende September ausgesetzt, wobei die Ausnahme womöglich bis Ende März 2021 verlängert werden soll.

„Da die Kredite wohl nicht innerhalb von zwei Jahren zurückgezahlt werden können“, fürchtet Dorint-Manager Iserlohe, „droht ihnen ab dann eine Klage wegen Insolvenzverschleppung.“ Die Folge wäre eine Flut an Unternehmenspleiten. Und Iserlohe hat noch eine weitere Forderung an

# 160

Staaten weltweit sind derzeit noch mit einer Reisewarnung des Auswärtigen Amtes belegt.  
Quelle: Deutscher Reiseverband

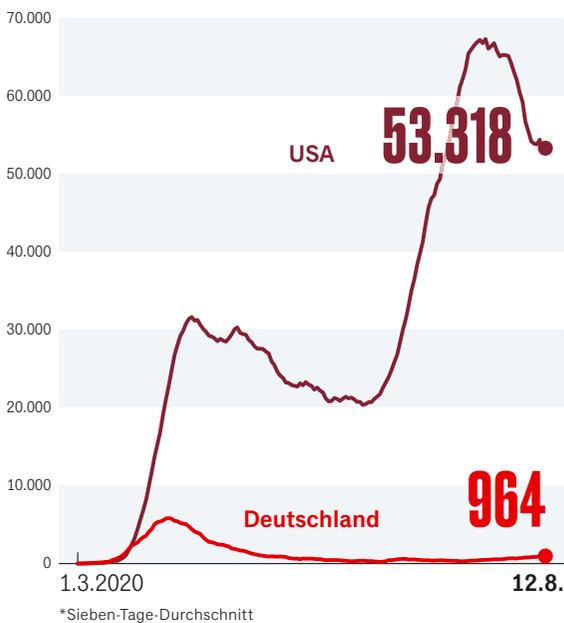
Bayerische Corona-Teststation an der A 8: Prestigeprojekt für den Freistaat.



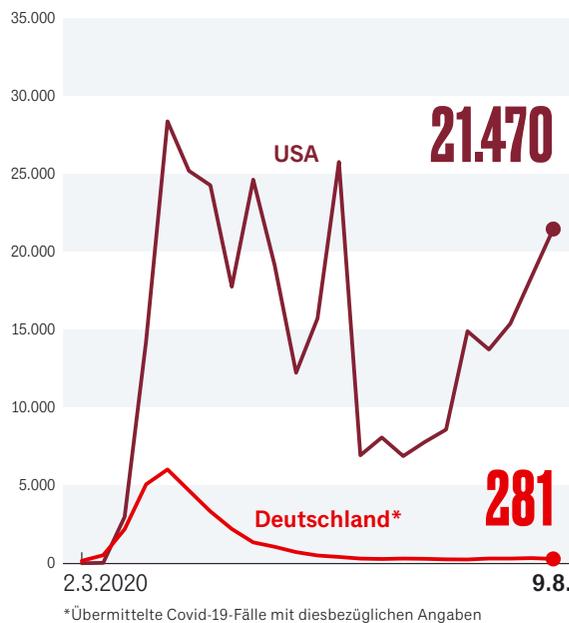
Bayerns Ministerpräsident Markus Söder: Peinliche Panne für den selbst ernannten Corona-Krieger.

## Kommt der nächste Lockdown?

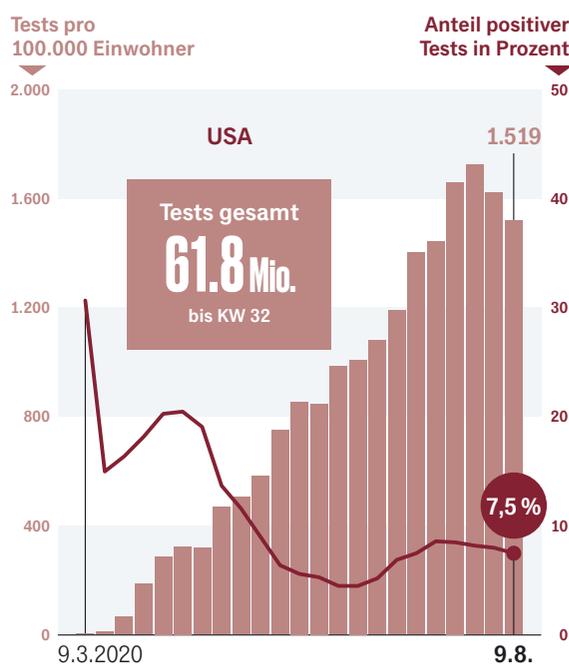
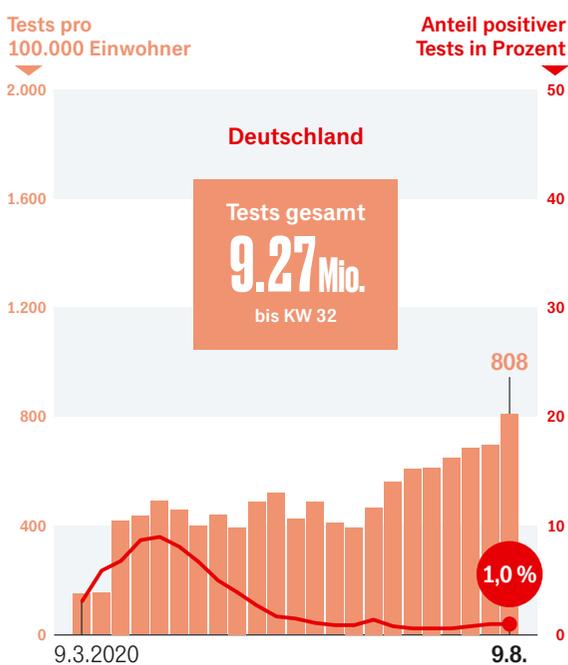
Zahl der täglichen Covid-19-Neuinfektionen\* in Deutschland und den USA



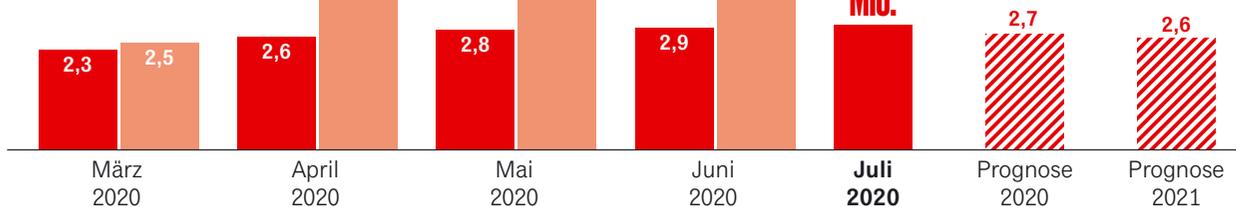
Zahl der Krankenhauspatienten mit Covid-19 in Deutschland und den USA



Tests auf Covid-19 pro Kalenderwoche in Deutschland und den USA



Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in Deutschland in Millionen



Umfrage\*: Wie lange rechnen Firmen mit Einschränkungen des öffentlichen Lebens? Antworten in Monaten im Durchschnitt



\*Ifo-Konjunkturumfrage, Juli 2020  
HANDELSBLATT

Quellen: Robert Koch-Institut, The Covid Tracking Project, Johns Hopkins University, Bundesagentur für Arbeit, Ifo

die Justizministerin: Das Corona-Gesetz müsse dringend klarstellen, dass die Pandemie eine „Störung der Geschäftsgrundlage“ darstelle. Dies würde es erleichtern, Pacht- und Mietverträge kurzfristig zu kündigen oder neu auszuhandeln.

Während sich Hoteliers und Gastronomen wegen der zweiten Coronawelle sorgen, hat für Reisebüros und Urlaubsveranstalter die erste Welle noch gar nicht richtig aufgehört. Sie fürchten, dass durch steigende Infektionszahlen in vielen Teilen der Welt die bestehenden Reisebeschränkungen noch lange in Kraft bleiben könnten.

„Noch bis Ende August gilt die Reisewarnung des Auswärtigen Amtes für rund 160 Länder, darunter Tunesien und Ägypten sowie die komplette Fernstrecke“, berichtet Torsten Schäfer, Sprecher des Deutschen Reiseverbands. Doch selbst drei Wochen vor Ablauf der Frist gebe es keinen Hinweis darauf, wie es danach weitergehe. „So wissen weder Veranstalter, Reisebüros noch Urlauber, ob die gebuchten Fernreisen nach dem 31. August stattfinden“, so Schäfer.

Bleibt alles beim Alten, entginge den knapp 11.000 deutschen Reisebüros und 2.300 Veranstaltern ein weiterer Milliardenumsatz. Dabei schrumpften ihre Erlöse schon in den vergangenen Monaten derart stark, dass Großanbieter wie FTI oder Tui den Staat um Hilfe baten. „Mit der vereinbarten zusätzlichen Staatshilfe wird es uns in jedem Fall gelingen, durch das nächste Jahr zu kommen“, sagt Tui-Vorstandschef Fritz Jousen.

Derzeit sieht alles danach aus, als ob es eher die kleineren Reiseanbieter sind, die für einen Rückschlag besser gerüstet sind. „Überleben werden diejenigen, die es schaffen, Corona-taugliche Produkte zu erstellen“, glaubt Markus Orth, Chef der 300 Reiseanbieter starken Franchise-Kette Lufthansa City Center in Frankfurt. „Hier ist eine Flexibilität gefragt, die Großunternehmen oft schwerfällt.“

Ein Beispiel dafür ist die gut 100 Mitarbeiter zählende Reisefirma Trendtours aus dem hessischen Kriftel. Zu Beginn der Pandemie war der Urlaubsanbieter, der zu den größten im deutschen Busreisemarkt zählt, zunächst in Bedrängnis geraten. Doch Trendtours arbeitete mit ausgeklügelten Hygienekonzepten nach, verringerte die Teilnehmerzahlen seiner Busreisen. Inzwischen fährt Trendtours wieder in ausländische Städte wie Wien, Prag oder Krakau.

Dass solche Experimente auch schiefgehen können, zeigte sich beim Kreuzfahrtanbieter Hurtigruten. Als einer der ersten wagte sich die norwegische Reederei Mitte Juli wieder mit Urlaubern auf hohe See – und zählte am Ende 62 Corona-Infizierte an Bord. Bert Martini, Leiter des operativen Geschäfts bei Hurtigruten, legte daraufhin sein Amt nieder.

Selbst die Luftfahrtindustrie, die in den vergangenen Monaten wie keine andere Branche unter der Pandemie litt, könnte durch ein Wiederaufflammen der Covid-19-Erkrankungen ihre ersten zarten Zwischenerfolge verspielen. Insbesondere Fernstrecken Anbietern wie der Lufthansa war schon wenige Tage nach dem ersten Ausbruch der Corona-Epidemie in Wuhan das Geschäft eingebrochen. „Die Passagierzahlen bei Lufthansa liegen aktuell nur noch bei maximal einem Prozent des Vorjahresniveaus“, berichtete Vorstandschef Carsten Spohr Anfang Mai.

Im Juni jedoch nahmen deutsche und ausländische Fluggesellschaften viele internationale Flugverbindungen schrittweise wieder auf. Grund war die Aufhebung der pauschalen Reisewarnung für die Europäische Union Mitte des Monats. Im Juli setzte sich diese Entwicklung fort. Bereits im vergangenen Monat konnten Passagiere ab deutschen Flughäfen wieder 239 Ziele in 69 Ländern per Flugzeug ansteuern – was nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Luftfahrtindustrie (BDL) 60 Prozent des ursprünglichen Streckennetzes entspricht.

Kommt es zu einer zweiten Welle, sagt ein BDL-Sprecher, seien die Airlines inzwischen durch umfangreiche Hygienemaßnahmen vorbereitet. Nur: Gibt es dann nicht genügend Testkapazitäten an den Flughäfen, sodass den Passagieren nach der Ankunft eine Quarantäne droht, könnte es mit der leichten Belegung bald wieder vorbei sein. „Die Flugbranche bleibt anfällig“, heißt es beim Luftfahrtverband. Ein Fazit, das nicht nur für die Fliegerei gilt, sondern auch für die Gesamtkonjunktur.

### 3. Die Wirtschaftspolitiker: Wie viel Hilfe verträgt das Land?

Wenn DIW-Konjunkturchef Claus Michelsen in der nächsten Woche die neue Wachstumsprognose seines Wirtschaftsinstituts vorstellt, wird er eher einen pessimistischen Ausblick geben. Obwohl sich das Konjunkturbild in den vergangenen Wochen aufgehellt hat, traut der Ökonom dem Aufschwung noch nicht so recht über den Weg. Denn auch aus seiner Sicht steigt die Gefahr einer zweiten Welle gerade deutlich an. Ausgerechnet jetzt, da die Infektionszahlen flächendeckend wieder steigen, setzt langsam eine Normalisierung des Berufsalltags ein. „Da mixt sich gerade ein gefährlicher Cocktail zusammen“, warnt Michelsen. „Eine zweite Welle könnte einen Konjunktüreinbruch in ähnlicher Größenordnung auslösen wie die erste.“

Im Frühjahr stürzte die Wirtschaftsleistung um zehn Prozent ab – so stark wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Ein weiterer Einbruch in dieser Größenordnung hätte voraussichtlich weit drastischere Folgen als der erste: Viele Firmen sind durch den ersten Shutdown bereits angeschlagen und hochverschuldet. Laut Befragungen sieht derzeit ein Fünftel der deutschen Unternehmen das eigene Überleben durch die Coronakrise gefährdet. Beim nächsten Mal würde eine Masseninsolvenz drohen.

Wenn aber plötzlich Tausende Firmen verschwinden, Produktionsnetzwerke kollabieren oder Lieferketten unterbrochen werden, wird das Wachstumspotenzial dauerhaft beeinträchtigt. Auch eine Ausweitung der Kurzarbeit wäre dann zum Teil wirkungslos, die Arbeitslosigkeit würde zwangsläufig steigen.

Vor allem das Gastgewerbe, Großveranstaltungen, die Tourismusbranche und der Einzelhandel wären betroffen. Allerdings stehen diese Branchen für einen relativ geringen Teil der Wirtschaft. Das größere Problem wäre der Einbruch der Exporte. Ob Frankreich, Italien oder die USA – wenn alle wichtigen Abnehmerländer in die nächste Krise rutschen, blieben die deutschen Exporteure auf ihren Produkten sitzen.

Käme es Anfang 2021 zu einer zweiten Coronawelle, würde die Weltwirtschaft 2021 laut Weltwährungsfonds nicht wie derzeit erwartet um 5,4 Prozent wachsen, sondern stagnieren. Auch die Industrieländerorganisation OECD hält die Auswirkungen einer zweiten Welle für fatal. Sie hat errechnet, welche Folgen es hätte, wenn es schon in diesem Jahr dazu käme. Der Einbruch in allen großen Industrienationen würde dann um nochmals zwei bis drei Prozentpunkte stärker ausfallen als ohnehin schon. Die deutsche Wirtschaft würde 2020 nicht um 6,6, sondern um 8,8 Prozent schrumpfen.

In fast allen anderen Ländern wäre der Einbruch noch erheblich stärker. In Frankreich, Italien und Großbritannien würde die Wirtschaft um 14 Prozent einbrechen. Die Staaten wären gezwungen, gegen einen neuen Absturz mit wei-

teren Rettungs- und Konjunkturprogrammen anzukämpfen – und müssten noch einmal viel mehr Schulden machen. Deutschland ist da dank der hohen Haushaltsüberschüsse aus den Vorjahren noch immer in einer recht komfortablen Situation, heißt es in Regierungskreisen.

In der Bundesregierung überlegt man derzeit ganz unabhängig von der Gefahr einer zweiten Welle, wie man Firmen helfen kann, die wegen Corona stark verschuldet sind. „Darauf zu setzen, die Wirtschaft regelt die Krise schon ganz von allein, wäre finanzpolitisch teurer, als neue staatliche Rettungsprogramme aufzulegen“, sagt Konjunkturrexperte Michelsen.

Allerdings wären die Lasten für die künftige Generation enorm. Schon jetzt verpflichtet die Schuldenbremse Deutschland dazu, ab 2023 die in der Corona-Zeit aufgenommenen Schulden zu tilgen. Sechs Milliarden Euro muss das Land abbauen – Jahr für Jahr bis 2043. Hinzu kommen die Corona-Verbindlichkeiten der Bundesländer. Eine zweite Welle würde diese Lasten noch einmal deutlich nach oben schrauben.

Zugleich würde sich die Frage stellen, ob Deutschland nicht anderen EU-Staaten noch viel mehr helfen muss als bisher geschehen. Der gerade erst unter größten Schmerzen verabschiedete EU-Wiederaufbaufonds von 750 Milliarden Euro wäre jedenfalls zu klein, um etwas gegen den neuerlichen Absturz ausrichten zu können. Der soziale Sprengstoff, den eine zweite Quarantäne-Ökonomie mit sich brächte, wäre enorm. Die EU würde dies laut OECD besonders zu spüren bekommen. In Spanien etwa könnte die Zahl der Arbeitslosen auf 25 Prozent hochschießen.

Ab wann steigende Infektionszahlen den Begriff „Welle“ rechtfertigen, mag unter Gesundheitsexperten umstritten sein. Dass ein neuer, flächendeckender Lockdown der Wirtschaft um jeden Preis vermieden werden muss, da sind sich hingegen alle Experten einig – und ebenso die Unternehmer, Manager und Mitarbeiter in den betroffenen Unternehmen. Doch das kann nur gelingen, wenn Deutschland und der Rest der Welt die Infektionszahlen in den Griff bekommen. Das Zeitfenster, in dem dies vergleichsweise einfach möglich ist, schließt sich rapide. Mit dem Ende der warmen Jahreszeit verlagern sich viele Aktivitäten wieder nach drinnen, wo sich das Virus besonders gut verbreitet. Dass rechtzeitig vor dem Winter ein Impfstoff bereitsteht, darauf sollte Deutschland besser nicht setzen.

Und so bleiben bis auf Weiteres nur alle jene Schutzmaßnahmen, die uns mittlerweile zwar furchtbar lästig sein mögen, die unsere Freiheit aber nicht über Gebühr einschränken: Die Maske in geschlossenen Räumen, die Abstandsregeln im Büro, die Familienfeier mit kleiner Einladungsliste, die Fußballspiele ohne Publikum. Nach Normalität fühlt sich das noch nicht an. Aber immerhin auch nicht nach Katastrophe. Martin Greive, Kevin Knitterscheidt, Stefan Menzel, Christian Rickens, Christoph Schlaumann, Frank Specht, Gregor Waschinski

“

Ob Epidemiologe oder Ökonom: Wissenschaftler können generell keine Sicherheiten bieten.

Thomas Straubhaar  
Volkswirtschaftsprofessor



Thomas Straubhaar führt das Interview aus dem Hamburger Homeoffice, in dem er bereits die letzten Monate gearbeitet hat. Der Umstand behagt dem Professor und Publizisten gar nicht. Er beklagt, dass für die Hamburger Hochschulen noch immer ein überzeugendes Konzept fehle, „wie ein vollwertiger Präsenzbetrieb ergänzt um professionelle Onlineangebote im Wintersemester trotz Corona wieder aufgenommen werden kann“. Der bekennende Optimist fordert, dass Deutschland lernen müsse, mit der Pandemie zu leben.

**Herr Professor Straubhaar, die täglichen Corona-Infektionen in Deutschland liegen auf dem höchsten Niveau seit drei Monaten. Wie viel Angst haben Sie, dass Deutschland ein zweiter Lockdown droht?**

Dass die Zahlen jetzt ansteigen, ist eine erwartbare und auch natürliche Reaktion auf zwei Entwicklungen. Erstens testen wir inzwischen um ein Vielfaches mehr als noch im Frühjahr, und zweitens haben wir in Wirtschaft und Gesellschaft eine deutliche Lockerung der harten Notstandsmaßnahmen. Dadurch steigen zwangsläufig die Infektionszahlen, zum Beispiel durch Urlaubsrückkehrer. Aber es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich deswegen unser Gesundheitssystem auch nur in der Nähe einer Überforderung befindet. Deshalb gibt es auch keinen Anlass für einen zweiten Lockdown.

**Ist nicht gerade diese Sorglosigkeit das Problem? Wir wollen wieder reisen, wir wollen wieder feiern – und die steigenden Fallzahlen sind die Quittung dafür.**

In allen Lebensbereichen gibt es immer zwei Fehlerquellen: Man kann zu viel machen, und man kann zu wenig machen. In der ersten Angstphase der Pandemie hat man in Deutschland eher überreagiert. Mit gutem Erfolg, aber eben auch zu immens hohen Opportunitätskosten. Jetzt sollten wir ausreizen – selbst auf die Gefahr hin, zu wenig zu machen –, wie weit wir bei den Lockerungen gehen können, um dafür im Gegenzug Wirtschaft und Gesellschaft massiv Kosten zu ersparen.

**Auch in Kalifornien gab es frühzeitig harte Corona-Regeln. Kaum waren die aufgeho-**

